

Werner Plumpe

Beharrliche Ignoranz: Der Mythos von der Alternative zum Kapitalismus

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.786>

Vortrag im Rahmen der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin, 21.02.2017

Vortragsreihe Januar-Dezember 2017, Konzeption und Leitung: Thomas Lindenberger (ZZF Potsdam), Catherine Gousseff (Centre Marc Bloch)

gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE
FORSCHUNG POTSDAM
Institut der Leibniz-Gemeinschaft



BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



MARK
BLOCH
Centre Zentrum Marc Bloch

Copyright (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Werner Plumpe, Beharrliche Ignoranz: Der Mythos von der Alternative zum Kapitalismus,
Manuskript eines Vortrags gehalten am 21.02.2017 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-
Diktatur, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.786>



Beharrliche Ignoranz: Der Mythos von der Alternative zum Kapitalismus

von Werner Plumpe

Der Untergang des Kommunismus war vor allem ein ökonomischer Vorgang; in gewisser Hinsicht kann man auch sagen, die Geschichte habe die Unmöglichkeit eines ökonomischen Experimentes gezeigt. Aber er wurde und wird auf sehr eigentümliche Weise erinnert. Ein großer Teil der öffentlichen Erinnerung bezieht sich vor allem auf die Gerontokratie der Parteierrschaft und klammert eine Auseinandersetzung mit der Frage weitgehend aus, ob es nicht doch sehr viel grundsätzlichere Punkte waren, die das kommunistische Experiment haben scheitern lassen. Diese Schieflage der Erinnerung ist nicht zufällig: Nur so kann der Untergang des Sozialismus erklärt, aber zugleich die Utopie einer nichtkapitalistischen Alternative aufrechterhalten werden. Und das ist gerade gegenwärtig sehr populär!

Die Erinnerung an den Kommunismus, so lässt sich pointiert sagen, wird daher von dem Wunsch dirigiert, in dessen Niedergang keine Apotheose des Kapitalismus sehen zu müssen. Aber: Hält dieses Wunschdenken einem nüchternen Blick auf die Realität des Kommunismus wirklich stand? Ist er tatsächlich nur an der Gerontokratie der Breshnews und Honeckers gescheitert? Oder gibt es nicht doch Gründe, die prinzipiell Zweifel an der Funktionsfähigkeit des Sozialismus nähren? Zumindest ein Teil der wissenschaftlichen Literatur – genannt seien nur die Autoren János Kornai¹ und André Steiner² – legt das nahe. Nach der Lektüre dieser Texte fragt man sich unwillkürlich: Woher kommt die Naivität der damaligen und heutigen Kapitalismuskritiker, auf funktionsfähige Alternativen zu hoffen? Eine ernsthafte Auseinan-

¹ János Kornai, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995.

² André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.

dersetzung mit den Gründen für das Scheitern des Sozialismus kann es kaum sein. Es ist eher eine romantische Volte, eine Art Wunschdenken, das sich mit der Realität nur sehr punktuell auseinandersetzt. Und beides hat mit der Erinnerung zu tun, die freilich eine doppelte ist. Das ist der Gegenstand meiner nachfolgenden Überlegungen.

Eine Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlichen Erbe des Kommunismus und der Erinnerung daran hat zwei Momente, die zu berücksichtigen sind: nämlich einmal die Begründung der Notwendigkeit des Kommunismus aus den Strukturproblemen des Kapitalismus, andererseits eine Betrachtung der Strukturprobleme des Kommunismus. Beides hat zwar miteinander zu tun, aber der Zusammenhang ist doch sehr lose. Auch wenn heute der „reale Sozialismus“ nicht mehr positiv erinnert wird, dass es zum Kapitalismus Alternativen geben muss, steht gleichwohl für viele weiterhin außer Frage.³ Nur solle man es beim nächsten Mal besser machen. Ob das überhaupt geht, wird nicht gefragt, sondern vorausgesetzt.

Kapitalismuskritik

Auch wenn die Kapitalismuskritik im Grunde gar keine Kritik der modernen Wirtschaft ist, sondern sich aus einer Fülle vor allem älterer Quellen von der Schädlichkeit des Erwerbstriebes und der diabolischen Kraft des Geldes speist,⁴ so hat der Kommunismus als Erlösungshoffnung doch hier seine eigentlichen Wurzeln. Wurzeln, die nebenher durch die realsozialistischen Experimente des 20. Jahrhunderts nicht ruiniert zu sein scheinen.⁵ Dass der Kapitalismus auf Ausbeutung beruht und soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit seine herausragenden Merkmale sind, dass er um der Gier Einzelner große Krisen und weltweites soziales Elend in Kauf nimmt, dass er die natürlichen Grundlagen unseres Lebens der Profitgier opfert, dass er Widerstände gegen sich mit teils brutaler Macht, teils Verführung und Manipulation zu brechen sucht – all das wird zumindest von einem großen Teil der veröffentlichten Meinung kaum bezweifelt. Die zyklischen Krisen, zumal wenn sie ein bedeutendes Ausmaß haben wie die große Krise von 2008, erscheinen vor diesem Hintergrund als eine Art empirischer Bestätigung der Vorwürfe.

Für Karl Marx und Friedrich Engels jedenfalls war klar: Empirische Eindrücke, etwa das Elend der irischen Arbeiter in Manchester in den 1840er-Jahren, ökonomische Annahmen im Gefolge von David Ricardo und eine an Hegels Philosophie ausgerichtete Vorstellung von Geschichte ergaben für sie zusammengenommen das Bild eines zugleich historisch notwendigen wie moralisch verkommenen Wirtschaftssystems, dessen Überwindung letztlich nur eine Frage der Zeit und der Entschlossenheit derjenigen sei, die nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen hätten. Durch eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, durch die Aufhebung des Privateigentums und die damit verbundene Beendigung der Ausbeutung,

³ Typisch etwa Robert Misik, *Kaputtalismus: Wird der Kapitalismus sterben, und wenn ja, würde uns das glücklich machen?*, Berlin 2016.

⁴ Arnold Künzli, *Mein und Dein. Zur Ideengeschichte der Eigentumsfeindschaft*, Köln 1986.

⁵ Karl Löwith, *Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie*, Stuttgart 1953.

durch einen planvollen Betrieb der Wirtschaft verschwänden nicht nur Ungerechtigkeit und Krisenanfälligkeit; zugleich würden auch die Produktivkräfte in einer Weise entfesselt, dass unfreiwillige Arbeit schließlich ganz verschwinden würde, jeder nach seinen Bedürfnissen leben könne, ja ein Reich der Freiheit, der Kommunismus eben, anbräche. Diejenigen, die von den bestehenden Verhältnissen Vorteile hätten und aus der Ausbeutung der Arbeiter ihren Profit zögen, würden zwar nicht freiwillig das Feld räumen, doch ihr Totenglöcklein habe längst geläutet. Denn seine Widersprüchlichkeit treibe den Kapitalismus unvermeidlich seinem Ende entgegen, wobei es allein von der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse abhängt, ob dieses unvermeidliche Ende in den Sozialismus oder in die Barbarei führe.⁶

Dieses Bild des Kapitalismus ist bis heute prominent. Dabei wird man, wenn man nach Belegen für diese Sicht der Dinge sucht, schwerlich fündig, zumindest bei längerer Beschäftigung mit dem Gegenstand. Schon die Konstruktion unseres Bildes von der modernen Wirtschaft über Begriffe wie Ausbeutung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist ja nicht sonderlich überzeugend. Auch wenn deren Existenz unbestreitbar ist, so ist doch die Frage nur zu berechtigt, ob in diesen Phänomenen das Besondere, das Neue, das Einmalige der modernen Wirtschaft liegt, also das, was sie von älteren oder anderen Organisationsformen der Wirtschaft grundsätzlich unterscheidet.⁷ Angesichts der Tatsache, dass in der vormodernen Welt die Ausbeutung keineswegs geringer und die soziale Ungleichheit ebenso wenig kleiner waren als in der Gegenwart, im Gegenteil durch die Entfaltung kapitalistischer Strukturen die Lebensbedingungen der Menschen fast flächendeckend besser wurden, wie jüngst Angus Deaton gezeigt hat,⁸ fällt es schwer, in den Vorwürfen ihrer Kritiker die besonderen Merkmale der Moderne zu entdecken. Die Ungleichheit ist durch den ökonomischen Fortschritt nicht verschwunden, sondern hat ihr Gesicht gewandelt, keine Frage. Rein phänomenal aber ist die Moderne eben nicht durch Verelendung gekennzeichnet, wie Karl Marx und Friedrich Engels das, ganz Kinder ihrer Zeit, generell annahmen, sondern im Gegenteil durch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, die heute älter werden, besser ernährt sind und generell bei allen Unterschieden ein besseres Leben führen können als noch vor 200 Jahren.⁹

Dass Marx und Engels die sie prägenden Eindrücke der 1840er-Jahre für ein allgemeines Phänomen und nicht für eine historische Phase hielten, kann man ihnen nicht unbedingt zum Vorwurf machen. Viele bedeutende Theoretiker der Zeit von Thomas Malthus über David Ricardo bis hin zu Ferdinand Lassalle gingen von „ehernen“ Lohngesetzen und einer unvermeidlichen, ja systemnotwendigen Tendenz zur Verelendung aus;¹⁰ der frühe Sozialismus bezog hieraus ganz generell seine Legitimation. Aber so politisch die frühen Sozialisten auch

⁶ Hierzu Werner Hofmann, *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin 1974.

⁷ Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946.

⁸ Angus Deaton, *Der Große Ausbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen*, Stuttgart 2017.

⁹ Die Ungleichheit ist in ihrer Bewertung zudem umstritten. Vgl. die Diskussion um Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014. Hierzu Stephan Kaufmann/Ingo Stützle, *Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre. Thomas Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“: Einführung, Debatte, Kritik*, Berlin 2014.

¹⁰ Joseph A. Schumpeter, *Geschichte der ökonomischen Analyse*. Nach dem Manuskript hg. von Elizabeth B. Schumpeter, 2 Teilbände, Göttingen 1965.

waren, so schwer tat Karl Marx sich mit der ökonomischen Theorie.¹¹ Dass er seine wesentlichen Arbeiten nicht fertig stellte, weiß man zwar, nimmt es aber nicht ernst. Das hat, wie gut bekannt ist, im Wesentlichen erst Friedrich Engels besorgt, den ein Biograf (Tristram Hunt)¹² letztlich auch nicht ohne Grund als den eigentlichen „Erfinder des Marxismus“ bezeichnet hat.

Problematisch sind zunächst die aus der ökonomischen Klassik übernommenen arbeitswerttheoretischen Setzungen, die Marx in erhebliche Widersprüche führten. Denn wenn allein die menschliche Arbeit wertbildend ist, dann hätte ja Jean Baptiste Say recht, dass bei der Produktion der Güter die Löhne zu deren Konsum verdient würden, die Ökonomie sich mithin in einer Art natürlichem Gleichgewicht befinde bzw. nach extern verursachten Störungen stets ins Gleichgewicht zurückkehre. Das traf offensichtlich nicht zu, was Marx mit einer Besonderheit der menschlichen Arbeitskraft erklärte, die mehr Wert schaffen könne als zu ihrer Reproduktion aufgewandt werden müsse. Der Wert des Gesamtproduktes liegt damit über den bei seiner Erstellung erzielten Einkommen, von denen aber wiederum die Realisierung des Wertes der Gesamtproduktion abhängt. Das Angebot, um es in modernen Begriffen auszudrücken, ist daher bei Marx stets höher als die Nachfrage.

Da nun nicht der gesamte erzeugte Mehrwert realisiert und damit erst zu Profit werden kann, bricht unter den Kapitalisten ein gnadenloser Konkurrenzkampf aus, in dem sie sich gegenseitig ihre Profitchancen abzujagen suchen, ein wesentlicher Grund der zyklisch wiederkehrenden Krisen, da die Kapitalisten Aufschwungsphasen spekulativ nutzen müssen, wodurch zwangsläufig Überproduktionsphänomene entstehen, die sich krisenhaft entladen. In diesem arbeitswerttheoretischen Szenario gibt es also stets zu wenig Absatz; der damit verbundene Konkurrenzkampf führt aber nicht nur zu Krisen, er beschleunigt den Untergang des Kapitalismus, denn er zwingt die Kapitalisten auch dazu, die organische Zusammensetzung des Kapitals zuungunsten des allein mehrwertheischenden Kapitals zu verändern: Es kommt zum berühmten tendenziellen Fall der Profitrate, dem die Kapitalisten sich vergeblich entgegenstemmen.¹³

Später, bei Rosa Luxemburg und Wladimir Lenin, die um 1900 herum andere Erfahrungen mit dem Kapitalismus sammeln konnten als Max und Engels, ist es dann der Imperialismus, der aus diesem Dilemma entsteht: Die Kapitalisten instrumentalisieren den Staat zugunsten einer weltweiten Expansion in neue Rohstoff- und Absatzmärkte, lassen von den hier möglichen Profiten einige Krumen zugunsten ihrer heimischen Arbeiterschaft vom Tisch fallen, um diese ruhig zu stellen, geraten dadurch aber freilich mit den Kapitalisten anderer Staaten aneinander, sodass es zu imperialistischen Konflikten kommt.¹⁴

¹¹ Michael Berger, Karl Marx, Paderborn 2008.

¹² Tristram Hunt, Friedrich Engels: Der Mann, der den Marxismus erfand, Berlin 2012.

¹³ Hierzu Werner Plumpe, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, 4. Aufl., München 2014.

¹⁴ Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1985; Wladimir I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss, in: Wladimir I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, Frankfurt a.M. 1970.

Auf den ersten Blick schien das alles plausibel und wird bis in die Gegenwart zustimmend erinnert. Den Zeitgenossen, zumal denen aus der Arbeiterbewegung, war das angesichts der unübersehbaren Besserung der Lage der Arbeiterschaft allerdings nicht mehr ganz so geheuer. Über die Geltung von Marx und die Schlussfolgerungen darüber brach in den Jahren vor 1914 ein großer Streit, der sogenannte Revisionismusstreit, aus, der sich auch bald auf die theoretischen Grundannahmen erstreckte.

Denn die arbeitswerttheoretischen Grundannahmen und die Verelendungstheorie sind in der Tat widersprüchlich. Einerseits stieg der Lebensstandard auch der Arbeiter laufend an; andererseits gelang es Marx nicht, den objektiven Wert eines Gutes zu bestimmen. Spätestens mit dem Entstehen von Massenkonsumerscheinungen einerseits, dem ökonomischen Marginalismus, also der Grenznutzenlehre, andererseits, der keine ökonomische Wertlehre mehr vorsah, sondern schlicht von preisbildenden Märkten ausging, die sich nicht um objektive Werte drehten, sondern Angebots- und Nachfrageverhältnisse spiegelten, geriet das ökonomische Denken von Marx in die Defensive. An den Marktpreisen orientierten sich in dieser Sicht auch die Unternehmer, die danach kalkulierten, ob die erwarteten Marktpreise die eigenen Kosten deckten oder nicht. Wenn ja, wurde produziert, wenn nein, wurde die Produktion aufgegeben. Das Problem objektiver Werte existiert in diesem Rahmen nicht. Für die am Marxismus orientierte Ökonomie aber war und blieb das ein Gesetz, denn ohne objektive Werte keine schlüssige Theorie der Ausbeutung.

Das Marktgeschehen selbst spielte für diese Sicht der Dinge eine nachgeordnete Rolle; der Markt war bestenfalls der Tummel- und Kampfplatz der einzelnen Kapitalisten. Mit ihm verbanden sich im Gegenteil nur Anarchie und Chaos des um seine Profite streitenden Privateigentums. In einer nachkapitalistischen Wirtschaft würde die Anarchie des Marktes, die keine Vorzüge hatte, sondern nur Ausdruck all dessen war, was den Kapitalismus so kritikwürdig machte, keine Rolle mehr spielen. Das Verhalten der nunmehr verstaatlichten Unternehmen sollte nicht mehr willkürlichen Preisen folgen, sondern klaren Planvorgaben, die sich an den objektiven Werten der Güter orientierten. In den weiterhin notwendigen Transaktionen – die Arbeitsteilung sollte ja nicht verschwinden – würden Preise also bestenfalls Verrechnungspreise ohnehin feststehender Werte sein. Eine Steuerungsfunktion kam ihnen nicht zu. Diese sollte jetzt zentral von der gesellschaftlich organisierten Produktion vorgenommen werden, der sich alle Wirtschaftssubjekte zu beugen hatten.

Marx und Engels hatten sich freilich derartige Gedanken konkret nie gemacht. Bei Marx war, im dritten Band des Kapitals, ja schon die Aktiengesellschaft eine organisatorische Vorform des Kommunismus.¹⁵ Wie dieser im Alltag funktionieren sollte, blieb bei ihm im Einzelnen aber ohne Bedeutung: kein Privateigentum an den Produktionsmitteln, planvolles Vorgehen, Beseitigung der Anarchie des Marktes – das waren die Kernstücke, die bis heute auch den Kern der Kapitalismuskritik ausmachen. Und da sich Marx um den „realen Sozialismus“ nicht geschert hatte, kann man ihn erinnern, ohne sich in dessen Widersprüche zu begeben.

¹⁵ Johannes Berger, Kapitalismusanalyse und Kapitalismuskritik, Wiesbaden 2014.

Sozialismus als Alternative

Doch so einfach ist das nicht. Die Vorstellung, eine andere Organisation der Wirtschaft sei nicht nur möglich, sondern auch der kapitalistischen Art zu wirtschaften überlegen, geht im Kern zwar schon auf Marx und Engels zurück und war auch in den anderen sozialistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts weit verbreitet, doch blieben die Überlegungen hierzu bis zur russischen Oktoberrevolution überaus vage. Ein noch von Marx selbst verfasstes Drehbuch, wie denn eine sozialistische Wirtschaft zu organisieren sei, existierte nicht. Die Revolution in Russland schuf zusätzlich das Dilemma, dass das Land im Wesentlichen noch gar nicht kapitalistisch war, es mithin also kaum die Voraussetzungen erfüllte, die Marx und Engels an die Verwirklichung einer sozialistischen Ordnung gestellt hatten. Deren Beginn war daher auch überaus holprig; das Experiment des Kriegskommunismus wurde nach kurzer Zeit wegen seiner verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen abgebrochen.

Mit der Neuen Ökonomischen Politik kehrte Russland begrenzt zu einer marktwirtschaftlich-kapitalistischen Organisation der Ökonomie zurück.¹⁶ Erst später entwickelte sich in diesem Rahmen die Infrastruktur einer sozialistischen Organisation, die danach in mehr oder weniger identischer Form in allen realsozialistischen Volkswirtschaften bis auf Jugoslawien verwirklicht wurde. Hauptelemente waren: Staatseigentum, Mehrjahresplanung von Produktion, Konsum und Investitionen durch eine entsprechende staatliche Behörde, Beschränkung der legalen Märkte auf Verteilungsfunktionen, keine legale Marktpreisbildung.¹⁷ Die Ausprägung dieser vier Merkmale war nicht in jedem Land identisch; auch änderte sich ihr Zuschnitt im Laufe der Zeit immer wieder. Namentlich wurde wiederholt mit Formen der Marktpreisbildung experimentiert, um das betriebliche Handeln besser steuern zu können und die Transaktionen effizienter zu machen. Doch wurde mit diesen Experimenten derart schnell die „Systemgrenze“ erreicht, dass sie rasch wieder abgebrochen wurden. Denn das Orientieren der Betriebe an preisbildenden Märkten verlangte deren zumindest beschränkte Handlungsautonomie, wodurch das Primat der Politik in der Organisation der Wirtschaft gefährdet erschien und es definitiv auch war.

Die Funktionsweise der Planwirtschaft war nun einerseits in hohem Maße durch ihre konkreten historischen Rahmenbedingungen, andererseits durch die sich nach und nach einstellenden Funktionsprobleme des Planungsapparates selbst geprägt. Da der Sozialismus in einem Land ohne zumindest dominierende Industrie zur Macht gekommen war, sich aber in der Konkurrenz entwickelter Industrieländer behaupten musste, stellte sich zunächst das Problem der „ursprünglichen Akkumulation“, mithin also der Mobilisierung der für den Aufbau einer kapitalintensiven Massenproduktion notwendigen Ressourcen. Im Kapitalismus war das in einem längeren Zeitraum nach und nach geschehen. Das in das Gewerbe eindringende Privateigentum und die dort reinvestierten Überschüsse waren anfänglich der eigentliche Träger dieses Prozesses, den Marx historisch unzutreffend noch glauben als großen Landraub auf Kosten der ländlichen Unterschichten kennzeichnen zu können. Später traten die modernen Finanzierungs- und Kapitalmarktstrukturen hinzu, namentlich Aktiengesellschaften,

¹⁶ Hans Raupach, *Geschichte der Sowjetwirtschaft*, Reinbek 1970.

¹⁷ Hierzu Hans Raupach, *System der Sowjetwirtschaft. Theorie und Praxis*, Reinbek, 1970.

Börsen, große Banken etc. All das fehlte in Russland: Weder gab es nach der Revolution nennenswertes Privateigentum noch funktionierende Finanz- und oder Kapitalmärkte.

Die „ursprüngliche Akkumulation“ in Russland und in den späten 1950er-Jahren auch in China war nun die erste große Aufgabe, die die sozialistischen Planer zu bewältigen hatten. Und es geschah genau das, was Marx dem Kapitalismus angekreidet hatte: nämlich eine brutale Enteignung der Landbevölkerung, der sowohl in Russland wie in China Millionen Menschen zum Opfer fielen, wahrscheinlich mehr Menschen als in England, Frankreich und Deutschland zum Zeitpunkt der Entstehung des Kapitalismus überhaupt gelebt hatten! Die Hungersnöte und das Massensterben in Russland und in China werden heute aber zumeist ganz anders erinnert, nämlich vor allem als politische Fehler Stalins und Maos.¹⁸ Das dahinter stehende ökonomische Problem wird damit verdeckt, nämlich die Frage, wie die ökonomischen Bedingungen einer kapitalintensiven Industrie überhaupt geschaffen werden können. Man mag die über Privateigentum und Gewinnerwartung gesteuerte ursprüngliche Akkumulation im Westen aus vielerlei Gründen kritisieren. Eine humane Alternative hierzu hat es bislang unter sozialistischen Vorzeichen nicht nur nicht gegeben; es war dort alles viel schlimmer. Dem Holodomor von 1931 bis 1933 fielen insgesamt, die Schätzungen sind unterschiedlich, bis zu 14,5 Mio. Menschen zum Opfer. Für die Protagonisten des sozialistischen Experiments war das aber kein Gegenargument; es traf ohnehin die reichen Bauern, die nicht auf Mitgefühl, geschweige denn Solidarität hoffen durften. Dem „Großen Sprung“ in China fielen zwischen 1958 und 1961 etwa 50 Mio. Menschen zum Opfer. Die Situation hier war ganz ähnlich wie 30 Jahre zuvor in Russland: nämlich der Zwangsexport von Nahrungsmitteln zur Finanzierung einer raschen Industrialisierung.

Die Verantwortung des Staates beschränkte sich aber keineswegs auf die gewaltsame Bereitstellung der Ressourcen für eine rasche Industrialisierung. Im Grunde fiel ihm die Gesamtorganisation aller ökonomischen Abläufe zu, denn dezentrale Entscheidungen nach ökonomischem Vorteil sowie deren Koordination durch preisbildende Märkte durfte es aus theoretischen, historischen und politischen Gründen nicht geben. Hierfür mussten mithin „funktionale Äquivalente“ gefunden werden, denn eine arbeitsteilige Wirtschaft ist ohne angemessene Koordination nicht vorstellbar. Da der Kapitalismus wirklich oder vermeintlich mit dem Koordinationsproblem nicht fertig wurde, herrschte hier der größte Optimismus.

Es ist hier nicht die Zeit, die planwirtschaftlichen Versuche und schließlich die Entstehung des planwirtschaftlichen Apparates, der in Russland in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre nach und nach entstand, nachzuzeichnen. Friedrich Pollock vom Frankfurter Institut für Sozialforschung hat das in einer bemerkenswerten Studie, die durchaus mit Sympathie auf die junge Sowjetunion blickte, Ende der 1920er-Jahre getan. Im Rahmen eines staatlich fixierten fünfjährigen Rhythmus wurde durch eine entsprechende Planbehörde (Gosplan) das wirtschaftliche Geschehen dem Rahmen nach fixiert, die Betriebe auf diesen Plan festgelegt und die Handlungsabläufe und Koordinationsprozesse über entsprechende staatliche Agenturen namentlich im Bereich des Handels abgewickelt. Entsprechend wurden die In- und

¹⁸ Vgl. etwa Jung Chang/Jon Halliday, Mao: Das Leben eines Mannes. Das Schicksal eines Volkes, München 2005. Generell: Stéphane Courtois (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998.

Outputs geplant, also der Ressourcenverbrauch ebenso festgelegt wie der Konsum der Bevölkerung. Da auch die Landwirtschaft und der Außenhandel diesem Planungssystem unterworfen waren, bestand auf dem Papier zumindest ein umfassendes ökonomisches System, bei dem nichts dem Zufall überlassen war.

Zunächst funktionierte dieses Planungssystem auch einigermaßen. Die Sowjetunion schien von der Weltwirtschaftskrise verschont zu werden, doch die Hungersnot in der Ukraine blieb dem Ausland allerdings nicht verborgen. Aber das trübte den positiven Eindruck für viele westliche Linke keineswegs. Die russische Wirtschaft entwickelte sich vergleichsweise rasch; die russischen Wachstumsraten lagen trotz der kriegerischen Zerstörungen zwischen 1913 und 1950, andere Vergleichsdaten fehlen leider, nur unbedeutend hinter denen der USA, die keine Kriegszerstörungen auf ihrem Territorium hinnehmen mussten.¹⁹ Diese „erweiterte Reproduktion“, wie man im realen Sozialismus gerne sagte, basierte nebenher ganz ähnlich wie im Kapitalismus auf der Tatsache, dass die Wertschöpfung einer Periode nur begrenzt dem Konsum zugutekam, sondern investiert wurde; zwar nicht von privaten Eigentümern, sondern vom Staat, der sich als Organ des Volkes verstand. Doch war das materielle Ergebnis das Gleiche: die Verwandlung von Überschüssen in Kapitalanlagen!

Anders als im Kapitalismus, in dem das marktliche Handeln der Akteure nicht geplant verläuft, sondern durch spontane Nutzenkalküle gesteuert wird, musste nun der Staat nicht nur koordinieren, sondern auch materielle Strukturen von Produktion und Konsum fixieren, wurde mithin unmittelbar für das materielle Wohl der Menschen verantwortlich.²⁰ Das für den Kapitalismus vermeintlich so typische spekulative Handeln, also heute etwas zu tun, dessen Erfolg sich erst in der Zukunft erweisen kann, verschwand damit keineswegs, sondern wurde nun Kennzeichen der staatlichen Planung, die ja Produktion und Konsum für die nächsten fünf Jahre nicht nur grob vorplanen, sondern im Zweifel auch gegen Widerstände durchsetzen musste, ohne um den technologischen oder anderen Strukturwandel zu wissen.

Im Kapitalismus wird die zugleich notwendige wie riskante Spekulation dadurch entschärft, dass sie einzelnen Unternehmen zugerechnet wird, ihre Reichweite im Schadensfall mithin begrenzt ist, zumindest solange der Staat sich nicht einmischt und das Scheitern von Unternehmen verhindert oder verhindern will (*too big to fail*). Unter sozialistischen Bedingungen ist die Wirtschaft von Anfang an ein Politikum, das Scheitern von Spekulationen zudem nicht lokalisierbar und privat zurechenbar, sondern eine Frage der Legitimität des politischen Systems schlechthin. Dass die Wirtschaft im Kern der sozialistischen Propaganda stand und bis zu dessen Ende blieb, hat hiermit unmittelbar zu tun: nämlich das politische Vertrauen in die politisierte Wirtschaft zu gewährleisten. Zunächst, unter den technologischen Bedingungen der Zwischenkriegszeit und im Wiederaufbauboom der Nachkriegsjahre funktionierte das auch vergleichsweise gut. Erst mit dem sich beschleunigenden technologischen Wandel seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre zeigte sich, dass staatliche Planung und zumindest dem Rahmen nach staatlich festgelegtes Akteurshandeln den spontanen

¹⁹ Angus Maddison, *Contours of the World Economy 1-2030 AD. Essays in Macro-Economic History*, Oxford 2007.

²⁰ Zum Folgenden: János Kornai, *Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus*, Baden-Baden 1995.

Such- und Entdeckungsverfahren marktwirtschaftlicher Koordination unterlegen sind. Das ist kein zufälliger Befund, sondern in staatlich koordinierten ökonomischen Prozessen fehlt ein im spontanen Markthandel möglicher Variationsreichtum, der aus Planungssicht falsch und viel zu aufwendig ist: Warum sollen unzählig viele Typen eines Autos entwickelt werden, wenn doch einige Basistypen völlig ausreichend sind? Die Planwirtschaften hatten deshalb eine Art konservativen Bias, weil sie dazu neigten, an einmal gefundenen, funktionierenden Lösungen zu lange festzuhalten (etwa in der Automobilproduktion) bzw. zukunftsorientiertes Entwickeln zu stark vom gewünschten Ergebnis her zu restringieren, sodass offene Suchprozesse nicht entstehen konnten.

Sodann fehlten auch die Stimuli durch das Konsumverhalten der Menschen, das sich nicht spontan entfalten konnte, sondern selbst ja geplant war. Wenn die Menschen dieser Planung nicht folgten, führte dies zu Schwarzmarktphänomenen, die wiederum die Planungsabläufe massiv beeinträchtigten. Schließlich hatten, drittens, politische Entscheidungen erhebliche Folgen, da Investitionsmittel nicht unbeschränkt zur Verfügung standen und das Setzen auf eine technologische Variante automatisch das Vernachlässigen anderer Möglichkeiten implizierte. Im Rahmen des Kalten Krieges gab es auch keine Außenhandelsimpulse, da der Handel mit dem Westen beschränkt war, der Handel im Sozialismus wiederum den Planvorgaben folgte und aus der Sicht der einzelnen Volkswirtschaften nicht vorteilhaft war. Kurz: Das Planungssystem funktionierte unter stabilen technologischen Bedingungen; bei technologischer Dynamik offenbarte es Probleme, die zudem unmittelbar zu politischen Problemen wurden.

Die realsozialistische Ökonomie erkannte diese Probleme durchaus, ohne sie als systematische Strukturdefekte betrachten zu können, denn genau das war ja das politische Tabu. Experimente mit der Nutzung marktwirtschaftlicher Mittel gab es zwar, wie André Steiner etwa am Beispiel des NÖSPL gezeigt hat,²¹ doch waren sie wegen ihrer politischen Brisanz stets nur von begrenzter Lebensdauer. Solange zumindest das Wirtschaftswachstum ausreichend war, erschien das alles noch tragfähig, doch wurde die Situation in den 1960er-Jahren prekär, da sich der technologische Wandel, der im Westen erfolgte, im Osten nicht verbergen ließ. Gerade die Versuche, im Wettbewerb mit dem Westen die eigene Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, sowie strukturelle Probleme des Planungssystems verhinderten indes, dass die sozialistischen Wirtschaften dies wirklich schafften; im Gegenteil fielen sie gegenüber dem Westen immer mehr zurück. Doch brach der Sozialismus nicht an diesem Rückfall zusammen, sondern daran, dass unter diesen Bedingungen das sozialistische Planungssystem immer stärker seine schließlich nicht mehr tolerierbaren Mängel zeigte.

Diese Mängel liegen nicht nur in der historischen Situation begründet; sie haben auch eine strukturelle Seite. Hierauf hatte der englische Ökonom Ronald Harry Coase, der freilich erst in den 1990er-Jahren hierfür den Nobelpreis bekam, schon in den 1930er-Jahren im Streit mit seinen damals einflussreichen marxistischen Kollegen in Cambridge hingewiesen.²² Diese gingen, inspiriert u.a. durch die unterstellten Erfolge der Sowjetunion, davon aus, dass

²¹ André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül*, Berlin 1999.

²² Ronald Harry Coase, *The Firm, the Market, and the Law*, Chicago 2000.

Planungsprozesse effizienter seien als marktliche Abläufe, vor allem aber, dass Planung unendlich erweiterbar sei, so weit, dass schließlich die gesamte Wirtschaft eines Landes wie eine einzige Organisation effizient gestaltet werden könne. Das war beileibe keine Außen-seiterposition. Noch in den 1960er-Jahren geisterten derartige Vorstellungen durch die sogenannte Konvergenztheorie, auch wenn die Vorstellung der Konvergenz der Systeme der DDR aus naheliegenden Gründen nicht gelegen kam.²³

Coase hingegen wies darauf hin, dass auch in Organisationen Kosten anfallen, sich Organisationen als ökonomische Wahl also nur lohnen, wenn ihre Transaktionskosten, wie er das nannte, geringer seien als die Kosten einer marktlichen Koordinationsform. Seine These nun war, dass mit der Organisationsgröße die Transaktionskosten überproportional ansteigen würden, sodass von einer bestimmten Größe an Organisationen zu teuer würden, jedenfalls in der Konkurrenz mit marktlichen Formen nicht mehr bestehen könnten. Das waren zunächst theoretische Annahmen, die sich freilich seit den 1960er-Jahren empirisch immer mehr bestätigten. Der Planungs- und Verwaltungsaufwand der realsozialistischen Wirtschaftssysteme stieg überproportional rasch an, ja wurde seit den 1970er-Jahren zu einer harten Barriere der wirtschaftlichen Dynamik, die eben nicht nur wegen der mangelnden Innovationsfähigkeit, sondern auch wegen der verschwenderisch hohen Betriebskosten der Wirtschaftsverwaltung an Leistungsfähigkeit verlor. Seit den 1960er-Jahren gingen die Wachstumsraten zurück; spätestens in den 1980er-Jahren trat Stagnation ein. Der zugleich durch die Reagan-Administration forcierte Rüstungswettlauf zeigte dann endgültig die Grenzen der Leistungsfähigkeit auf, die aber auch ohne Reagan rasch erreicht gewesen wären. In der DDR war die Wirtschaft seit den 1970er-Jahren nicht mehr in der Lage, zugleich Zukunftsinvestitionen und ein politisch erwünschtes hohes Konsumniveau zu ermöglichen. Der Weg in die Verschuldung war auch hier der Anfang vom Ende, das längst vor Ronald Reagan begonnen hatte.²⁴

Zur mangelnden Innovationsfähigkeit und den schließlich prohibitiven Wirtschaftsverwaltungskosten kamen weitere strukturelle Probleme hinzu, die der ungarische Ökonom János Kornai aus eigener Anschauung nur zu gut kannte und die zu einem nicht unbedeutenden Anteil gerade die Ineffizienz des Planungsprozesses, und damit seine prohibitiv hohen Kosten, begründeten. Spätestens mit dem Ende der Stalin-Zeit, mit den Aufständen in der DDR und in Ungarn, schließlich den Reformversuchen in der Tschechoslowakei war das Ende der diktatorischen Durchsetzung der Planungsregeln erreicht. Die Planung musste nun, so Kornai, auf die Bedürfnisse der beteiligten Betriebe und Belegschaften zumindest eine gewisse Rücksicht nehmen, wollte man die Akzeptanz der Planung und die zumindest prinzipielle Befolgung ihrer Vorgaben erreichen. Denn es zeigte sich, dass es im Grunde gegen die Betriebe und ihre Belegschaften nicht möglich war, erfolgreich zu planen, auch wenn das politische Monopol in der Hand des Staates bzw. der Partei lag. Politische Kampagnen, um die Menschen zur freiwilligen Befolgung der Planregeln zu gewinnen, blieben zwar bis zum Ende des Realsozialismus in Kraft, verloren aber seit den 1950er-Jahren sukzessive an Bedeutung und verkamen schließlich zu überaus durchschaubaren Ritualen.

²³ Herbert Meißner, *Konvergenztheorie und Realität*, Berlin 1969.

²⁴ André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004.

„Weiche Pläne“ waren die Folge, die den Betrieben und Belegschaften nur noch Vorgaben machten, die diese leicht bewältigen konnten, um die mit der Planerfüllung verbundenen Prämien auf jeden Fall zu erreichen. Das heißt, die Planung begann ihre eigene fehlende Legitimation in sich selbst aufzunehmen, zumal völlig klar war, dass selbst plankonformes Verhalten angesichts der zahlreichen ungeplanten Engpässe, Versorgungsschwierigkeiten und Lieferprobleme kein Erfolgsgarant war. Harte Pläne hätten mithin nicht nur die Belegschaften aufgebracht, sondern auch die Betriebe in wenig pragmatischer Weise handlungsunfähig gemacht. Im Kern war der Alltag des Planungssystems daher seit den 1960er-Jahren eine einzige Bestätigung der Annahmen von Ronald Harry Coase, dass Planung von einer bestimmten Organisationsgröße an ineffizient werde. Dieser Befund nun ist aber kein politischer Fehler, den geschicktere Politiker als Breshnew und Honecker hätten vermeiden können, sondern ein grundsätzliches Problem von Planung in komplexen Ökonomien. Ein Sozialismus ohne Koordination über preisbildende Märkte, und das heißt auch, ein Sozialismus ohne funktionierendes Geldsystem, ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nun mag man behaupten, der Sozialismus sei vielleicht nicht so effizient wie kapitalistische Strukturen (obwohl Marx ja genau das Gegenteil behauptet hat, nämlich dass der Kapitalismus den Fortschritt der Produktivkräfte behindere), aber immerhin sei er sozial gerechter und komme dem in jedem Fall anzustrebenden Ideal der Gleichheit deutlich näher. Aber auch hier lehrt eine unvoreingenommene Erinnerung an den realen Sozialismus etwas anderes. Die Vermögensungleichheit ist in der Tat unter kapitalistischen Bedingungen größer, aber doch nur, solange man sie in personeller Hinsicht betrachtet. Dann sind es in der Tat wenige große Eigentümer, die sehr viel besitzen, während die Masse der Menschen nur über geringe Vermögen verfügt. In funktioneller Perspektive sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Arten zu wirtschaften hingegen unbedeutend bzw. waren es lange. Denn dass ein Teil des Gesamtvermögens nicht unter die Menschen aufgeteilt, sondern als (kapitalintensive) Ausstattung der Wirtschaft Verwendung findet, die aus den laufenden Erträgen zudem ständig erneuert und erweitert werden muss, gilt für alle Formen der modernen Wirtschaft. Ob die Betriebsanlagen von BMW nun den Aktionären des Unternehmens gehören oder dem Staat, ist letztlich gleichgültig; sie stehen in keinem Fall für den Konsum der BMW-Arbeiter zur Verfügung, deren Existenzvoraussetzung sie vielmehr sind.

Ob die Anlagen in Privateigentum oder in Staatseigentum/Volkseigentum sind, ist ökonomisch in einer Hinsicht also trivial, in einer anderen allerdings nicht. Solange das Privateigentum dominiert, erfolgt die Entscheidung über die Nutzung des Eigentums dezentral nach dem Kalkül seiner Besitzer, die auf entsprechende Marktsignale reagieren. Ist die Dezentralität nicht gegeben, kommen wir in die besprochenen Planungsdilemmata. Privateigentumsbasierte Dezentralität ist mithin eine der entscheidenden Funktionsbedingungen einer leistungs- und zugleich wandlungsfähigen Wirtschaft. In sozialer Hinsicht aber war die Lage der Menschen im Sozialismus nicht deshalb besser, weil es kein gewinnorientiertes Privateigentum gab. Denn in funktioneller Hinsicht war die Verwendung des Gesamtvermögens nicht so unterschiedlich, nur nahm es im Sozialismus nicht so rasch zu wie im Kapitalismus; die Verteilungsspielräume waren damit geringer und folgerichtig der Lebensstandard der Menschen niedriger. In personeller Hinsicht war die Ungleichheit im

Westen unzweifelhaft größer, freilich war hier auch die Lage der nichtvermögenden Haushalte besser, sodass die Ungleichheit zunächst wenig aussagt.

Seit den 1970er-Jahren, so die These von Thomas Piketty, gingen hingegen im Westen die Daten immer stärker auseinander. Vor allem seien jetzt größere Teile der Vermögen nicht mehr produktiv genutzt, sondern in Finanzanlagen gesteckt worden. Deren produktive Nutzung ist deshalb nicht ausgeschlossen, aber die sich öffnende Schere ist vor allem in den USA ein Problem, während in anderen Ländern mit stärker intervenierenden Staaten die Situation nicht beunruhigend ist. In der wachsenden Ungleichheit kommt die in den USA nur wenig institutionell abgepufferte Globalisierung²⁵ zum Ausdruck, vor allem die fehlende Gestaltungsfähigkeit und Gestaltungsbereitschaft des Staates. Es handelt sich aber nicht um ein konstitutives Problem des ökonomischen Systems im Kapitalismus, das im Gegenteil mit vielen Verteilungsrelationen zurechtkommt – ob alle wachstumsfördernd sind, sei hier nicht weiter diskutiert. Aber dies hat die Debatte über die *Varieties of Capitalism* ausreichend gezeigt: Die soziale Ungleichheit ist kein festes Kriterium. Unser Anfangsblick auf den Kapitalismus hat ja bereits verraten, dass es nicht die soziale Ungleichheit ist, die historisch gesehen die kapitalistische Wirtschaft ausmacht,²⁶ sondern, so können wir jetzt sagen, Ungleichheit im Kapitalismus ist die Bedingung einer spezifischen Form der kapitalintensiven Massenproduktion. Freilich, und hierin ist John Maynard Keynes zu folgen, hat sie auch hierin und nur hierin ihren historischen Sinn. Ungleichheit, die nicht zugleich der Kapitalbildung dient, ist nicht zu rechtfertigen.²⁷

Postkapitalismus

Ich deutete es an: Der alte reale Sozialismus hat seinen Charme verloren, die anti- oder postkapitalistischen Utopien hingegen nicht. Das, was derzeit unter dem Stichwort „Postkapitalismus“ diskutiert wird, ist in der Tat die Rückkehr in das Reich der Utopien, über die Marx Mitte des 19. Jahrhunderts seinen Spott ausgegossen hat. Es kann nicht der Sinn dieses Vortrages sein, auf derartige Hoffnungen ausführlich einzugehen. Die Säle füllt derzeit der englische Journalist Paul Mason,²⁸ dessen Buch „Postkapitalismus“ ein Kassenschlager geworden ist. Das hat seine paradoxe Seite, denn obwohl Mason sich für die *Share*-Ökonomie wortreich stark macht, lässt er das Buch, das er ganz im Sinne einer *Share*-Ökonomie einfach elektronisch jedem zur Verfügung stellen könnte, über einen kapitalistischen Verlag gegen Geld vermarkten. Seine Botschaft ist ungefähr die: Der Kapitalismus ist historisch am Ende, da sich eine neue Technologie abzeichnet (Internet der Dinge, Industrie 4.0), die in Zukunft ausreichend Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stellt, und zwar ganz ohne Arbeit! Damit ist die Chance da, eine Welt ohne Ausbeutung, die ja auf der privaten Aneignung des Mehrwertes menschlicher Arbeit und dessen Verwandlung in Profit

²⁵ Hierzu Dani Rodrik, *Das Globalisierungsparadox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft*, München 2011.

²⁶ Bruno Amable, *The Diversity of Modern Capitalism*, Oxford 2003.

²⁷ John Maynard Keynes, *Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles*, Berlin 2014 (zuerst engl. 1919).

²⁸ Paul Mason, *Postkapitalismus. Grundriss einer kommenden Ökonomie*, Berlin 2016.

beruht, zu erreichen, in der jeder nach seinen Wünschen versorgt werden kann. Dass die „Kapitalisten“ das nicht wünschen, ist offensichtlich. Daher versuchen sie, diesen „Fortschritt“ nach Kräften zu verhindern, sodass das Neue gegen sie im Zweifel mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden muss.

Wie realistisch derartige Utopien sind, sei dahingestellt. Ihre Popularität aber zeigt, dass das Erbe des Kommunismus lebt, und zwar in der Kapitalismuskritik und der ihr inhärenten Vorstellung einer anders möglichen Wirtschaft – wobei die Alternative wieder in den Status der Utopie, der romantischen Fiktion gerückt ist, denn alle realen Alternativen haben sich ja nicht bewährt und sind insofern aus der Erinnerung verbannt. Am Kommunismus, an der kommunistischen Tradition ist insofern nicht nur bemerkenswert, was erinnert wird, sondern auch, was man vergisst bzw. was vergessen werden soll.

Was also bleibt vom Kommunismus? Es bleibt sein Anlass, nämlich die Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem, und es bleibt die Hoffnung, dass es anders sein könnte. Wie dies Anderssein konkret aussehen könnte, interessiert dabei nicht. Der Erlösungsgedanke genügt.²⁹

²⁹ Karl Löwith, *Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie*, Stuttgart 1953.